



Regierungsratsbeschluss vom 12. November 2019

Eidgenössisches Departement des Innern EDI; Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG); Vernehmlassung

P191141

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement des Inneren.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich die Einführung einer nationalen Adressdatenbank. Er weist jedoch darauf hin, dass bei verschiedenen Punkten noch Klärungsbedarf besteht, dies insbesondere bei datenschutzrechtlichen Fragen, bei der Zugriffsberechtigung und bei den Vergaberechten. Ausserdem ist noch ungeklärt, ob für den Erlass eines Adressdienstgesetzes überhaupt eine genügende verfassungsrechtliche Grundlage besteht.

